

## "Europa '92: Die sind alle irre unterwegs" in Der Spiegel (9. Mai 1988)

**Legende:** Unter der Bezeichnung "Europa '92" bereiten sich die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf einen völlig freien Warenverkehr vor. In seiner Ausgabe vom 9. Mai 1988 analysiert das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel die Hindernisse die es zu überwinden gilt.

**Quelle:** Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BÖHME, Erich; FUNK, Werner. 09.05.1988, n° 19; 42. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "Europa '92: Die sind alle irre unterwegs", p. 26-32.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/europa\\_92\\_die\\_sind\\_alle\\_irre\\_unterwegs\\_in\\_der\\_spiegel\\_9\\_mai\\_1988-de-75940519-a893-4020-8e13-fe4fb5416bd0.html](http://www.cvce.eu/obj/europa_92_die_sind_alle_irre_unterwegs_in_der_spiegel_9_mai_1988-de-75940519-a893-4020-8e13-fe4fb5416bd0.html)

**Publication date:** 29/11/2013

## Europa '92: „Die sind alle irre unterwegs“

**Dreißig Jahre nach Abschluß der EG-Verträge gerät der alte Kontinent wieder in Bewegung. Unter dem Signal Europa '92 bereiten sich die zwölf Mitgliedstaaten auf einen völlig freien Warenverkehr vor. Ist ein Ende des Euro-Frusts absehbar? Noch liegt auf dem Weg zum Einheits-Europa eine Vielzahl von Hindernissen.**

Helmut Kohl sprach Deutschlands Unternehmern und Managern seine Mißbilligung aus.

In der Bonner Beethovenhalle, vor 1800 Vertretern aus 15 deutschen Wirtschaftsverbänden, beklagte sich der Kanzler Mitte März über mangelndes Interesse an Europa. 87 Prozent der französischen Unternehmen, zitierte der Regierungschef eine Umfrage der Brüsseler EG-Kommission, bereiten sich bereits intensiv auf den ersten Januar 1993 vor, wenn alle Grenz-Barrieren zwischen den zwölf Ländern der Gemeinschaft fallen sollen. In Deutschland kümmerte sich noch nicht einmal ein Drittel um den schrankenlosen Markt der Zukunft.

Deutschlands Unternehmer, forderte Kohl, müßten „gegenüber den Belegschaften und der Öffentlichkeit deutlich zu erkennen geben, daß wir den Binnenmarkt 1992 fest im Auge haben“.

Diese Woche demonstriert der Kanzler selber, wie man so was macht. Er wird gleich mit sieben seiner Minister zu Gesprächen mit der EG-Kommission nach Brüssel reisen. Im Berlaymont, in der Zentrale der Gemeinschaft an der Rue de la Loi, will der deutsche Regierungschef mit Kommissions-Präsident Jacques Delors weitere Hindernisse auf dem Weg in die Einheit ohne Grenzen beiseite räumen.

Wenn die Deutschen Ende Juni auf dem EG-Gipfel in Hannover nach halbjähriger Präsidentschaft den Vorsitz der Gemeinschaft an Griechenland weitergeben, dann möchte Helmut Kohl als einer dastehen, der die entscheidenden Voraussetzungen für den Binnenmarkt der 323 Millionen Europäer geschaffen hat.

Kein Zweifel, es bewegt sich etwas auf dem alten, bis heute so zersplitterten Kontinent. Selbst Skeptiker, in dreißigjähriger Erfahrung mit einer um letzte Details feilschenden Gemeinschaft müde geworden, schließen nicht mehr aus, daß diesmal ein grober Schritt glücken könnte.

In der Einheitlichen Europäischen Akte, die am 1. Juli 1987 in Kraft trat, haben sich die Europäer verpflichtet, bis zum 31. Dezember 1992 einen „Raum ohne Binnengrenzen (zu schaffen), in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist“. Es ist dies das erste grobe Reformwerk, das deutlich über jene Verträge hinausreicht, auf die sich vor 30 Jahren die sechs Gründungsmitglieder der EG in Rom verständigten.

Seit das Vorhaben von den Parlamenten aller zwölf Mitgliedstaaten ratifiziert ist, herrscht so etwas wie Aufbruchstimmung in Europa — bei Deutschlands Nachbarn, da hat Kohl recht, mehr als in der Bundesrepublik.

Der Europäische Binnenmarkt war im französischen Präsidentschaftswahlkampf ein beherrschendes Thema, das einzige außenpolitische. ber die Notwendigkeit eines grenzenlosen Warenverkehrs sind sich Sozialisten und Gaullisten so einig, wie sie es in der Frage der nationalen nuklearen Abschreckung sind.

In einem „Brief an alle Franzosen“ appellierte Staatspräsident François Mitterand an seine Landsleute, angesichts der bevorstehenden Herausforderung näher zusammenzurcken und mehr zu leisten.

Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur hat in der Rue de Rivoli eine umfassende Datenbank zum Thema Binnenmarkt eingerichtet. Werbespots im Fernsehen, Plakate in der Metro — jeder Franzose soll merken, daß da etwas Ungeheuerliches auf das Land zukommt.

In Großbritannien, während 15 jähriger Mitgliedschaft in der EG stets auf vornehmer Distanz zum Festland, hat Premierministerin Margaret Thatcher die Binnenmarkt-Kampagne selbst in die Hand genommen. Auf

einer Unternehmer Konferenz im Londoner Lancaster House verglich die Konservative die Herausforderung, die auf die Briten zukäme, mit einem „täglichen Marathon“. Die Premierministerin selbstbewußt: „Und wir wollen die Goldmedaille haben“.

Für einen Aufklärungsfeldzug stellte die Londoner Regierung 15 Millionen Pfund bereit. Die Kampagne ist inzwischen mit einem Wirbel angelaufen, der — wie der Londoner „Daily Telegraph“ findet — sogar die Zirkuskönigin Barnum & Bailey mit Stolz erfüllen würde.

In Fernsehspots ermutigen erfolgreiche britische Exporteure wie Prinzessin Dianas Modeschöpfer Bruce Oldfield oder Egon Egan, Direktor von Jaguar, die Geschäftsleute des Landes: „Ihr könnt es schaffen!“ Unter einer überall verbreiteten Telefonnummer können britische Unternehmer bei einer Sonderabteilung des Industrie- und Handelsministeriums Rat einholen.

Das Ministerium verschickt auf Anträge Videos über Europa '92. Eine flotte Informationsmappe „Towards 1992“ mit einer Abhakliste empfohlener Schritte („Erkunden Sie die besten Transportwege zu den neuen Märkten“) geht an alle 125 000 Firmen des Landes. Handelsminister Lord Young forderte die Gründung von „Clubs 92“, in denen die Geschäftsleute Englands über ihre europäische Zukunft diskutieren sollen.

Die Öffnung der Insel Richtung Europa, ein gemeinsamer Markt ohne Begrenzung, das ist für viele Briten inzwischen von historischer Bedeutung, zu vergleichen mit der Landung Wilhelms des Eroberers am 28. September 1066, der die wilden Insulaner an Europa heranführte.

Etwas neidisch blickt des Kanzlers Sprecher Friedhelm Ost über die Grenzen. „Die sind alle irre unterwegs“, hat der Kohl-Mann beobachtet, „den Binnenmarkt zu propagieren.“

Ganz allmählich kommt nun auch in der Bundesrepublik etwas in Bewegung. Aufgeschreckt vom Europa-Getrommel in Bonn, rufen vor allem mittelständige Unternehmer bei ihrer Handelskammer an; sie wollen wissen, was sie von der „größten Deregulierung der Wirtschaftsgeschichte“ (EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes) zu erwarten haben. „Hektisches Treiben“ in Kammern und Verbänden beobachtet gar der Europa-Experte des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) in Bonn, Peter Korn. „Die Leute“, so Korn, „sind ein bißchen verrückt gemacht worden“.

Der Wandel ist erstaunlich. Außer der Abgabe von Absichtserklärungen ist nicht viel passiert. Noch erinnert Europa den für den Binnenmarkt zuständigen EG-Kommissar Lord Francis Arthur Cockfield an einen „Riesen, dem man Hände und Füße gefesselt hat“.

Bei allen Fortschritten ist Europa bis heute ein wirtschaftlich zersplitterter Kontinent. Weggefallen sind in den letzten Jahrzehnten, mit der Verwirklichung der Römischen Verträge, die Zoll-Hemmnisse. Geblieben aber sind viele nationale Reglementierungen und Handelsbarrieren.

Von Ende 1992 an sollen die Grenzkontrollen endgültig abgeschafft, Normen und Steuern angeglichen und die nationalen Test- und Zulassungsverfahren europaweit verbindlich sein. Dann sei Europa, so Lord Cockfield, wirtschafts- und handelspolitisch nicht mehr zu bremsen.

Die Engländer im EG-Dienst: „Wenn wir die Fesseln abstreifen, werden wir die Energien der Europäer freisetzen, ermöglichen wir es der Industrie zu expandieren, ihre Effizienz zu erhöhen, ihre Kosten zu senken und zu Hause und in Übersee Märkte zu erobern“.

Es entstünde in der Tat eine Wirtschaftsmacht, wie es sie zuvor auf der Welt noch nie gegeben hat. 323 Millionen Bürger brächte die neue Großmacht auf die Waage. Dagegen wirken die USA mit 242 und Japan mit 121 Millionen Einwohnern wie Leichtgewichte.

Schon heute, bei aller Zersplitterung, ist die europäische Staatsgemeinschaft die weltweit bedeutendste Handelsregion. Mit ihrem Warenexport halten die EG-Länder fast 20 Prozent des weltweiten

Warenaustauschs, die USA bringen es auf 18 Prozent, Japan kommt auf zehn Prozent.

Vor vier Jahren exportierten die Europäer zum ersten Mal mehr in die Vereinigten Staaten, als sie aus dem einst gelobten Land bezogen. Seither ist das Handelsdefizit Amerikas gegenüber Europa auf über 20 Milliarden Dollar im Jahr angestiegen.

Bei der Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen schlägt die EG inzwischen die Amerikaner. Der Vorsprung könnte allerdings noch viel größer sein, wären da nicht die vergleichsweise armen Staaten am Südrand des europäischen Bundes. Dort vor allem schlummern noch gewaltige Wachstumsreserven — Reserven, die ein freier Binnenmarkt freilegen könnte.

Ein neuer Konkurrent wachse da jenseits des Atlantik heran, schrieb ein Kommentator der „New York Times“, ein Konkurrent, viel leistungsfähiger als Japan oder die vier Tiger Asiens, Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. „And now“, so seine zirkensische Ankündigung, „the tiger of Europe“.

Was das Tierchen bisher gezeigt hat, erinnert eher an die müde Vorstellung einer Hauskatze.

In 30 Jahren EG ist es den Mitgliedern gelungen, verbissen und mit Akribie immer neue Hemmnisse zu ersinnen; eine Bürokratie auszubauen, die im Westen ihresgleichen sucht; Reisende und Unternehmer mit immer neuen, absurden Verordnungen zu überraschen.

Die bedeutendste Gemeinschaftsveranstaltung, der Agrarmarkt, gedieh zur absurdesten Ressourcenvergeudung der Neuzeit und zu einer einzigartigen, real existierenden Bürokratie-Satire.

Geblichen sind selbst bei Nahrungsmitteln viele nationale Eigenheiten, die den Warenaustausch beschränken. Was ist zum Beispiel Schokolade? fragen die Eurokraten sich selbst in einer Broschüre, die dem gemeinsamen Binnenmarkt gewidmet ist. Für Briten und Dänen darf Schokolade Pflanzenfette enthalten — eine Tatsache, die den Belgier erschauern läßt. Der allerdings setzt seiner Schokolade mehr Zucker zu als anderswo erlaubt.

Die italienische Regierung läßt Teigwaren als „Pasta“ nur dann zu, wenn sie ausschließlich aus Hartweizen hergestellt sind — ein Verfahren, das in Deutschland unüblich ist. Den deutschen Nudelherstellern ist daher bislang der italienische Markt verschlossen.

Wenn ein deutscher Reisender auf der Straße von Frankreich oder Luxemburg an die belgische Grenze kommt, dann wird er in der Regel nicht kontrolliert. Wenn er aber per Bahn von Straßburg nach Brüssel fährt, dann kann es ihm passieren, daß seine Identität und sein Reisegepäck gleich dreimal überprüft werden, von Zoll- und Grenzbeamten aus Frankreich, Luxemburg und Belgien.

14 Artikel und 40 Seiten Anhang benötigte der Ministerrat der EG, um sich in einer Richtlinie „über vor dem Führersitz angebrachte Umsturzschutzvorrichtungen in land- und forstwirtschaftlichen Schmalspurzugmaschinen auf Rädern“ — gemeinhin Trecker genannt — zu einigen.

Rund 20 000 deutsche Industrienormen machen italienischen oder französischen Unternehmern das Verkaufen in der Bundesrepublik schwer. Philips produziert sieben verschiedene Rasierapparate gleichen Typs für den europäischen Markt, allein 30 Ingenieure beschäftigt der Konzern, um seine Produkte an unterschiedliche europäische Normen anzupassen.

Fünf verschiedene Exportmodelle desselben Computers, so demonstriert der britische Computer-Unternehmer Alan Sugar in Margaret Thatchers Werbespots, muß er für den verrückten europäischen Markt produzieren. 25 verschiedene Stecker fertigt Siemens für Europa.

An den Grenzen erwarten die Zöllner die LKW-Fahrer, die Güter durch die Gemeinschaft transportieren, mit Formularen: für die Erhebung von Steuern, die Aufnahme statistischer Daten, für die Kontrolle von Pflanzen- und Tierkrankheiten, die Überwachung genehmigungspflichtiger Aus- und Einfuhren und die

Beachtung von Handelsquoten.

Drei Tage braucht ein 20-Tonnen-Laster, um den amerikanischen Kontinent von New York nach Los Angeles zu durchqueren. Er erreicht eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 65 Kilometer pro Stunde. Die Reise mit dem gleichen LKW von London nach Turin, nur ein Sechstel der US-Strecke, dauert, wegen der vielen Stopps vor Schlagbäumen, genausolange. Durchschnittsgeschwindigkeit: 20 Kilometer pro Stunde.

Eine Banküberweisung innerhalb der EG dauert häufig bis zu zehn Tagen und kostet im Durchschnitt neun Prozent der Überweisungssumme.

„Mögliche Größenordnung der verpaßten Gelegenheiten“ nennt die Kommission Schätzungen, bei denen versucht wird, die „Kosten eines nicht vereinten Europas“ zu taxieren. Danach zahlen die Europäer jährlich rund 24 Milliarden Mark allein für die Zollformalitäten; 80 Milliarden Mark kostet die Gemeinschaft der Luxus, daß öffentliche Aufträge nicht frei ausgeschrieben und vergeben werden. Der bestehende Normenwald verhindert größere und kostengünstigere Produktionsmengen, die Stückkosten liegen 20 bis 30 Prozent über dem Optimum.

Das soll nun von 1993 an ganz anders werden. Wie anders — das hat die EG-Kommission in einer wissenschaftlichen Studie, die demnächst als Buch erscheinen wird, ausrechnen lassen.

Die Wissenschaftler haben den wirtschaftlichen Nutzen für die gesamte Gemeinschaft auf jährlich etwa 400 Milliarden Mark hochgerechnet (in Preisen von 1988), das sind fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die insgesamt 8.000 Seiten umfassende Studie, die auf einer Umfrage bei 11.000 Unternehmen und auf Preisvergleichen in allen EG-Staaten beruht, sagt den vereinten Europäern goldene Zeiten voraus: eine entscheidende Neu-Belebung der Wirtschaftstätigkeit, die das Bruttoinlandsprodukt kurzfristig um durchschnittlich fünf Prozent, auf mittlere Sicht sogar um sieben Prozent erhöht; eine Zunahme der Beschäftigung um bis zu fünf Millionen Jobs, bei inzwischen 16,7 Millionen Arbeitslosen in der Gemeinschaft ein höchst willkommener Effekt.

Der Binnenmarkt, wirbt EG-Präsident Jacques Delors mit der Studie, sei das einzige „wirkliche Wachstumsprojekt“ der Gemeinschaft.

Holländische Busunternehmen dürften dann, kommt es wie geplant, deutsche Urlauber von Köln nach Biarritz kutschieren. Der Postkunde könnte zwischen einem französischen, deutschen oder italienischen Telefonapparat wählen. Der Grieche hätte bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst als Straßenbahnfahrer in Hannover oder als Sanitäter in München dieselben Chancen wie ein deutscher Bewerber. Das Bochumer Hochschuldiplom würde in allen EG-Ländern anerkannt.

Es herrschte Niederlassungsfreiheit für alle Berufe. Französischer Atomstrom würde mit deutschem Strom aus Ruhrkohle konkurrieren. Ein schwäbischer Eigenheimer dürfte sein Haus bei einer preisgünstigen englischen Gesellschaft gegen Feuer versichern. Um öffentliche Aufträge in Deutschland — wie den Bau einer Schule oder eines Krankenhauses, die Ergänzung eines städtischen Fuhrparks oder die Lieferung von Bundesbahn-Lokomotiven — dürften sich Firmen aus ganz Europa bewerben.

Ein Portugiese zählt heute eine vielfach höhere Prämie als ein Brite für seine Lebensversicherung. Die Preisunterschiede für Videogeräte, für Autos oder Kassettenrecorder erreichen im EG-Europa bis zu 100 Prozent.

Bei einem wirklich freien Wettbewerb würde, so Tony Venabels von der Europäischen Verbraucherorganisation, der Konsument profitieren. Er könnte auf dem Finanzmarkt die günstigsten Angebote rausgreifen, könnte sich billige Baukredite in Deutschland beschaffen, günstige Versicherungen in Großbritannien abschließen, mit einem preiswerten Handwerkertrupp aus Spanien bauen.

Schöne neue Welt — wenn sie denn Wirklichkeit werden könnte.

Woher aber soll plötzlich der Schwung kommen? Wie sollen in nur viereinhalb Jahren alle Hemmnisse beseitigt werden, wenn eine Richtlinie, nach der Architekten ihren Beruf überall in der EG ausüben können, die Gemeinschaft 17 Jahre lang beschäftigt hat? Was ist von einem Staatenbund zu halten, der seit zwölf Jahren vergeblich versucht, sich gemeinsame Pflanzenschutz-Normen zu verpassen?

Der 1. Januar 1993, das gesteht Kommissions-Präsident Delors zu, ist ein politisches Datum, mehr nicht. „Toll“ findet es Hans-Dietrich Genschers Europa-Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer, daß sich die Zwölf vom alten Kontinent dieses Ziel gesetzt haben. Aber an die vollständige Verwirklichung denkt auch sie nicht. „Keiner soll glauben“, so Frau Adam-Schwaetzer, „daß es 1992 plopp macht, und schon haben wir den Binnenmarkt“. Keine Sorge, es glaubt auch keiner.

Das Drehbuch für den Wandel in Europa liegt seit Jahren vor. Im Juni 1985 veröffentlichte die Kommission, einem Auftrag sämtlicher Staats- und Regierungschefs folgend, eine Expertise zur „Vollendung des Binnenmarktes“. Detailliert legten die Brüsseler dar, wie mit 300 Gesetzesinitiativen bis Ende 1992 der vollständige Abbau der Hindernisse im Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu erreichen sei.

Emsig arbeiteten die Brüsseler Beamten seither an Vorschlägen, die sie den Ministerräten zur Entscheidung vorlegten. Doch passiert ist nicht viel.

206 Vorschläge hat die Kommission bisher dem Ministerrat, der die Entscheidung trifft, aufgetischt. Die Minister haben gerade über 69 entschieden. Von den 126, die zur Zeit geprüft werden, gibt es nur bei 14 eine gemeinsame Position. Alles andere ist strittig.

Im Laufe dieses Jahres wird die Kommission weitere 50 Vorschläge aus ihrem 300 Gesetzesinitiativen umfassenden Katalog erarbeiten. Aber es nützt wenig, wenn nicht darüber entschieden wird.

Auf der Agenda der deutschen Präsidentschaft stehen rund 100 Richtlinien, die im Rat diskutiert oder verabschiedet werden sollen. Darunter finden sich Problembereiche wie die Kennzeichnung von Kosmetika, die Funk-Entstörung, die Preisauszeichnung von Lebensmitteln, die technischen Anforderungen für Bauprodukte oder, besonders wichtig, die „Richtlinie über den Innergemeinschaftlichen Handel mit gefrorenem Rindersamen“.

Immer wieder zeigt sich: Wenn es heikel wird, wenn widerstreitende Interessen auszugleichen sind, dann verfallen die Europäer in ihr altes Gefeilsche, dann schwindet die Aufbruchstimmung ganz schnell.

Nach stundenlangem fruchtlosem Gerangel über die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen zum Beispiel mußte der Vorsitzende, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, vorigen Dienstag aufgeben. Die Deutschen wollen durchsetzen, daß ihr Fachhochschuldiplom den Universitätsabschlüssen der anderen Länder gleichgestellt wird. Die weigern sich. Eine Einigung wird sobald nicht erwartet.

Krach gibt es bei der Harmonisierung des Markenrechts. Die Spanier wollen nur zustimmen, wenn das Markenamt nach Madrid kommt, die Franzosen, wenn das Amt in Straßburg eingerichtet wird. Die Luxemburger wollen diese neue europäische Institution nach Luxemburg und die Deutschen wollen sie nach München haben.

Auf dem Programm dieser Woche stehen so umstrittene Richtlinien wie das europäische Fusionsrecht, die Liberalisierung des Gütertransports, die Harmonisierung der Richtlinien für Fleischerzeugnisse. Bei letzterem kämpfen die Deutschen wieder einmal, wie schon beim Reinheitsgebot des Biers, um überlebenswichtige Details. Dieses Mal geht es um die Kardinalfrage, was alles in eine Europawurst hineingestopft werden darf.

„Enttäuscht“ zeigt sich Binnenmarkt-Kommissar Lord Cockfield über die schlappe Arbeit des Rats. Der Brite sieht sein Ziel gefährdet, bis zum Schluß der laufenden Kommissions-Amtsperiode Ende 1988 so viel

an Detailvorschriften durchgesetzt zu haben, „daß der Prozeß der europäischen Integration akzeptiert und irreversibel in der Gemeinschaft ist“.

Selbst scheinbar unbedeutende technische Fragen wie die Vereinheitlichung von Industrienormen — von den 20 000 allein in Deutschland gebräuchlichen sind gerade 1000 abgehakt — bereiten schon große Schwierigkeiten. Wie wird es erst, so fragen sich die Skeptiker, wenn es an die Erledigung der wirklich wichtigen und strittigen Teile geht?

Vorige Woche, als sich Kohl und sein Kabinett auf den Ausflug nach Brüssel vorbereiteten, ermunterte der Kanzler seine Kollegen wie ein Fußballtrainer, der mit seiner Mannschaft zur Halbzeit 0:5 hinten liegt. Jetzt seien „wichtige Schritte nötig, wenn wir den Binnenmarkt '92 erreichen wollen“, bemerkte der Kanzler der Deutschen. Kohl: „Wir wollen den Binnenmarkt“.

Da wirkte es schon etwas störend, als Finanzminister Gerhard Stoltenberg den Trainer auf die Schwierigkeit der Aufgabe hinwies. Bei der Harmonisierung der EG-Steuern laufe es ganz schlecht. „Das geht äußerst schleppend voran“, so der Finanzminister, das Steuerthema müsse auf der Kabinettsitzung in Brüssel angesprochen werden.

Die buntgemischten europäischen Steuersysteme, die völlig unterschiedlich gewachsenen Steuerkulturen sind zweifellos das gewichtigste Hindernis auf dem Weg zu einem einheitlichen Wirtschafts-Europa.

Nach dem derzeitigen System der EG-Besteuerung, so findet die Kommission in einem Problem aufriß, seien die „Grenzen ein integraler, unentbehrlicher Bestandteil der Steuerverwaltung“. Fallen die Grenzen, müssen überall die Besteuerungsformen umgestellt werden.

Gegenwärtig schwankt beispielsweise die Umsatzsteuer zwischen null Prozent (für einige Güter des täglichen Bedarfs in Irland und Großbritannien) und 38 Prozent (für Luxusgüter in Italien). Beim Kauf eines Autos zahlt der Europäer heute in Deutschland 14, in Frankreich 28 und in Dänemark (wegen einer zusätzlichen Kaufsteuer) gar über 125 Prozent Steuern.

Die Hoch-Steuerländer würden, wenn die Schlagbäume entfernt werden, sehr schnell pleite gehen; die Käufer würden in die Billigländer ausweichen.

Die Kommission hat für die Umsatzsteuer vorgeschlagen, in Europa nur noch zwei Mehrwertsteuer-Stufen mit einer Schwankungsbreite zwischen vier bis neun und 14 bis 20 Prozent zuzulassen. Doch dies ist kaum zu verwirklichen, zumindest nicht bis zu dem magischen Datum 1992.

Die Südländer haben ihre öffentlichen Finanzen viel stärker als die Nordlichter auf die indirekte Besteuerung aufgebaut, also auf die Umsatzsteuer und auf Verbrauchsteuern.

Das hat historische Ursachen. Die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, ist im Süden des Kontinents noch geringer als im Norden. Die unmerklichen indirekten Abgaben eignen sich daher für jene Regionen besser als die unmittelbar spürbaren Steuern, die auf das Einkommen zu entrichten sind.

Was es für manchen Südländer bedeuten würde, wenn die Abgaben wie von der Kommission vorgeschlagen umgestellt würden, illustriert der Fall Frankreich. Bis zu 100 Milliarden Franc Einnahmeausfall hat Stoltenbergs französischer Kollege Edouard Ballardur für seine Staatskonten errechnet. Er tat die Brüsseler Pläne schlicht als „unbrauchbar“ ab.

„Da, wo es die Musik machen müßte, bei der Öffnung der Grenzen“, so resümiert DIHT-Experte Korn, „da wird es ganz schwierig“.

Nicht nur da. In einem gemeinsamen Markt können Waren und Geld nur dann wirklich frei hin und her bewegt werden, wenn es eine gemeinsame Währung gibt. Andernfalls müssen Außenhändler und Investoren stets befürchten, daß sie bei Geschäften jenseits der nationalen Grenzen durch Auf- und Abwertungen

unvorhersehbare Kursverluste erleiden.

Für Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, einen besonders eifrigen Verfechter einer raschen europäischen Wirtschafts- und Währungsintegration, bliebe der gemeinsame Markt der EG denn auch nur „eine Fiktion“, solange es keine europäische Währung gibt.

„Wir müssen eine europäische Zentralbank gründen“, drängt der frühere Regierungs-Chef, „weil wir eine Währung haben müssen, mit der man ebenso leicht in Paris oder Madrid ein Kleid oder einen Bahn-Fahrschein kaufen kann“.

Euro-Ökonom Schmidt erhielt von noch aktiven Politikern Unterstützung. In Frankreich forderten der sozialistische Staatspräsident François Mitterrand und der gaullistische Balladur die EG-Partner zur Gründung einer Euro-Notenbank auf. In der Bundesrepublik ließ Außenminister Hans-Dietrich Genscher Ende Februar ein Memorandum zur Errichtung einer europäischen Währungsunion veröffentlichen.

„Ohne gemeinsame Währung“, unterstützt Irmgard Adam-Schwaetzer ihren Chef, „gibt es keinen gemeinsamen Binnenmarkt“.

Den Grundstein für die Euro-Bank glaubten der damalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt 1978 mit der Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) gelegt zu haben. In diesem insgesamt erfolgreichen Verbund sind die Wechselkurse innerhalb einer Bandbreite von 2,25 Prozent nach oben und unten festgelegt; die Leitkurse dürfen nur mit Zustimmung aller EWS-Mitglieder geändert werden.

Die EWS-Gründer hofften damals, den Währungsverbund schon nach zwei Jahren in die „institutionelle Phase“ überleiten zu können. Stück für Stück sollten die EWS-Mitglieder geldpolitische Befugnisse an einen Europäischen Währungsfond abtreten. Der sollte zur Keimzelle einer Europäischen Zentralbank werden.

Doch diese Automatik funktionierte bislang nicht. Mehr als das EWS wollten die Beteiligten nicht, auch die Bundesdeutschen nicht.

Für die Meinungsbildung unter den deutschen Geldpolitikern hatte der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank vorige Woche Stoltenbergs Staatssekretär Hans Tietmeyer nach Frankfurt geladen. Die Damen und Herren der Zentralbank wollten aus erster Hand erfahren, was die Bonner mit der Deutschen Mark im geeinten Binnenmarkt vorhaben.

Völlig einig sei man gewesen, berichteten Bankpräsident Karl Otto Pöhl und Stoltenbergs Abgesandter hinterher. Pöhl fügte hinzu, daß ihm immer noch nicht ganz klar sei, welchen Standpunkt Bonn einnehme. Der Präsident: „Herr Tietmeyer konnte das auch nicht erklären“.

Das geht zur Zeit auch gar nicht, zu groß sind die Meinungsverschiedenheiten in Bonn und in Europa. Soll eine Europäische Notenbank unabhängig von der Regierung sein, wie die Deutsche Bundesbank, oder abhängig wie die meisten anderen? Soll erst die Wirtschaftspolitik vereinheitlicht werden und dann die Geldpolitik, oder soll es umgekehrt verlaufen?

Nationale Empfindlichkeiten sind da im Spiel; geschichtliche Erfahrungen wie bei den Bundesdeutschen, die sich mit ihrer von der Regierung unabhängigen Notenbank gegen eine Inflation wie in den Zwanzigern schützen wollen, schwingen in dieser Debatte mit.

Vorigen Donnerstag erinnerte Pöhl daran, was eine Währungsunion bedeutet: Die Wechselkurse in Europa würden unwiderruflich festgeschrieben. Ein Drittel der EG-Länder aber gehört nicht einmal dem EWS an. Englands Premierministerin Margaret Thatcher weigert sich strikt, dem losen Währungsverbund mit ihrem Pfund beizutreten, weil sie sich von der starken Mark nicht kujonieren lassen will.

Die Bundesbanker wie auch Finanzminister Stoltenberg sträuben sich gegen allzuviel europäische

Geldgemeinschaft. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hingegen würde am liebsten morgen zur Grundsteinlegung der Europäischen Zentralbank reisen.

Stoltenberg und Pöhl ist vor allem der Gedanke unangenehm, in Währungsfragen zu eng an die Franzosen gebunden zu werden. Paris bemängelt schon seit langem, daß die reichen Deutschen immer nur Dollar in ihre Reserve stopfen, den notleidenden Franc aber verschmähen. Bei fest verzurrten Währungen wäre es mit der Freiheit solcher Entscheidungen vorbei.

Mit einer Briefmarke, auf der nicht nur der Wert in Franc (2,20), sondern auch der Gegenwert in Ecu (0,31) verzeichnet ist, eilt die französische Post der tatsächlichen Entwicklung weit voraus. Eine gemeinsame Währung wird es noch lange nicht geben. Selbst eine kräftige Stärkung des EWS halten Experten aus dem Bonner Finanzressort derzeit für wenig wahrscheinlich. Ein Beamter: „Die Meinungen sind einfach zu weit auseinander“.

Bei so viel Unsicherheit und Unstimmigkeit zwischen den Politikern, angesichts der offenkundigen Differenzen bei so entscheidenden Faktoren wie der Währung und der Steuer, bleibt die Europa-Begeisterung der zumeist mit einem wachen Realitätssinn ausgestatteten Unternehmer in Grenzen. „Worauf sollen wir uns denn vorbereiten?“ fragt ein Spitzenmanager aus der Chemie, „die Politiker wissen doch selbst noch nicht, was kommt“.

Anders als ihre Kollegen in Frankreich oder Spanien fühlen sich die bundesrepublikanischen Unternehmer ohnehin fit, auch auf einem kontinentalen Binnenmarkt — wie er auch aussehen mag — zu bestehen. Zumindest die Vorsteher größerer Firmen haben Übung im Euro-Geschäft.

Die Bundesrepublik verkauft schon heute 53 Prozent ihrer Exporte in die EG; nimmt man die Länder der Europäischen Freihandelszone Efta (Norwegen, Finnland, Island, Schweden, Schweiz, Österreich) hinzu, die als 13. EG-Mitglied gelten, dann sind es sogar 69 Prozent. Fast alle Partner schreiben Handelsdefizite im Handel mit der Bundesrepublik. Auch auf einem freien Markt könnte kaum mehr abgesetzt werden.

Trotz mancher Widrigkeiten haben die Deutschen fleißig in Europa investiert. 45 Prozent des jenseits der deutschen Grenzen angelegten Geldes blieb in den Partnerstaaten. Von den etwa 15 000 deutschen Unternehmen in der gesamten Welt sind 6300 in der EG angesiedelt. Allein in Frankreich produzieren schon jetzt 2500 deutsche Firmen; alles was Rang und Namen hat, ist vertreten.

Die Fixierung auf Europa '92 ist den Strategen der deutschen Großunternehmen im übrigen zu eng. Natürlich wird der europäische Besitzstand arrondiert, durch Zukäufe oder Neu-Investitionen.

Doch Erfolgsbranchen wie der Auto- und Anlagenbau, wie Chemie oder Elektro richten ihre Strategien zuvörderst auf den Weltmarkt aus.

Die Chemieriesen sehen echte Expansionschancen nur noch in Übersee. Hoechst-Chef Wolfgang Hilger kündigte vergangene Woche einen weiteren Großeinkauf in den USA an. Ende 1986 hatte sein Unternehmen erst den US-Konzern Celanese erworben.

Bei den Autobauern werden derzeit Kooperationsgespräche über die Kontinente hinweg geführt. Gewiß, da übernahm VW die spanische Seat, allenthalber wird bei der Fertigung von Autoteilen zusammengearbeitet. Doch der Blick geht über Europas Grenzen hinaus, die Karten werden für den Dreikampf zwischen Europa, den USA und Japan gemischt.

So groß schließlich auch die Wachstumschancen in Europa sind — auch ohne Grenzen wird der alte Kontinent kein Großmarkt wie die USA werden. Es bleiben die in Jahrhunderten gewachsenen Unterschiede in der Sprache und im Geschmack, in der Kultur und im Lebensstil. Europa wird nie eine Coca-Cola-Kultur nach dem Vorbild Nordamerikas, wo dasselbe Produkt in Chicago und Los Angeles losgeschlagen werden kann. Wenn der Marmeladenhersteller aus Bad Schwartau seinen Brotaufstrich in Paris verkaufen will, dann muß die Konfitüre dem Pariser schmecken, mit oder ohne Zollkontrolle.

Er sehe mit der zunehmenden Vollendung des gemeinsamen Marktes kaum Gefahren auf die deutsche Wirtschaft zukommen, urteilt DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser. Ohnehin würden sich wohl die hohen deutschen Standards weitgehend durchsetzen. Schoser: „Immerhin sind wir der größte Markt, von der Kaufkraft her“.

Die anderen, die mit weniger Kaufkraft, gehen auf einem Binnenmarkt der 323 Millionen Europäer weitaus größere Risiken ein als die reichen Deutschen. Griechenlands Ministerpräsident Andreas Papandreu sieht in 1992 ein „kritisches Land“, in dem das Schicksal seines Landes auf dem Spiel stehe. Eine amtliche Studie stellt fest, daß Griechenlands Wirtschaft nur „außerordentlich begrenzt“ Nutzen aus der grenzenlosen Europa-Einheit ziehen würde.

Die ärmeren Südländer werden daher wohl auch den Europa-Zug abzubremsen versuchen. Griechenlands Papandreu hat dazu reichlich Gelegenheit, wenn er für die zweite Jahreshälfte die Präsidentschaft im EG-Ministerrat übernimmt.

Es wird also langsamer Richtung grenzenloser Euro-Markt gehen, als manche befürchten und andere hoffen. Doch zu stoppen ist das, was vor drei Jahren eingefädelt wurde, wohl genausowenig, wie es das war, was die Gründungsväter des Sechser-Europa vor 30 Jahren ausgelöst haben. Offen ist im Augenblick allein das Tempo, in dem die Europa AG vorankommt.

Auch wenn die Träume vom grenzenlosen Europa nicht ganz so schnell reifen werden, wie das Datum 1992 signalisiert — zumindest optisch werden die Griechen und Portugiesen, Dänen und Italiener, Deutsche und Franzosen von 1993 an zusammengehören.

Alle neuzugelassenen Autos fahren dann mit einem einheitlichen Nummernschild — so groß wie das deutsche, mit einem E am linken und dem Kennzeichen der Nationalität am rechten Rand.